

Philipp May

LIVE/TELEFON

TH

Hohe Gaspreise und ein Horror-Szenario für den Winter
Wann kommen mehr Entlastungen, was ist mit Atomstrom und Tempolimits?
Interview mit Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär

"Informationen am Morgen", 19.7.2022, 7:15 Uhr

Philipp May: So ähnlich dürfte Wladimir Putin sich das ausgemalt haben: Zunehmend panisch wird in Deutschland darüber diskutiert, was passiert, wenn Russland den Gashahn auch nach der Wartung der Nord Stream Pipeline zugelehrt lässt. Theoretisch am Donnerstag sollte die Revision der Röhre abgeschlossen sein. Klar ist: Ein „weiter so“ ist unmöglich, denn es wird teuer für die Bürgerinnen und Bürger. Es braucht Entlastungen. Jetzt haben die Grünen einige Vorschläge präsentiert.
Am Telefon ist jetzt Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär. Schönen guten Morgen, Herr Kühnert.

Kevin Kühnert: Einen schönen guten Morgen, Herr May.

May: Wie angespannt schauen Sie auf den Donnerstag?

Kühnert: Wir gucken da alle mit einer gewissen Grundanspannung drauf. Aber es liegt jetzt auch nicht in unseren Händen. Die Bundesregierung hat alles dafür getan, dass technischerseits nichts gegen einen Weiterbetrieb spricht. Insbesondere durch die Beschaffung der gewarteten Turbine, was die Bundesregierung in Kooperation mit Kanada organisiert hat, gibt es jetzt kein technisches Argument mehr für die russische Seite, die Pipeline nicht wieder ans Netz zu nehmen. Niemand würde aber insbesondere nach den letzten Monaten seine Hand ins Feuer legen wollen für politische Kräfte aus dem Umfeld von Wladimir Putin.

May: Wo Sie die Turbine ansprechen: Verstehen Sie die Kritik der Ukraine daran, dass diese Turbine jetzt aus Kanada trotz der Sanktionen geliefert wird?

Kühnert: Ja, selbstverständlich ist diese Kritik verständlich. Aber es gilt ein Satz, den der Bundeskanzler und auch der Rest der Bundesregierung von Anbeginn an immer wieder gesagt hat. Die Sanktionen gegen Russland müssen Putin härter treffen, als sie uns treffen. Manche haben in den letzten Monaten dann doch gemerkt, dass das mit der Gasversorgung in Deutschland nicht so eine Kleinigkeit ist, wie manche sich das im März oder April noch vorgestellt haben, und insofern müssen wir hier eingestehen, diese Maßnahme, ein Abschalten dieser Nord Stream Eins-Pipeline, würde uns härter treffen als Putin, und zwar sehr deutlich.

May: Das heißt, wir brauchen noch russisches Gas?

Kühnert: Das ist die traurige Wahrheit, aber die muss an dieser Stelle auch ausgesprochen werden, beziehungsweise wir können uns auch abklemmen, aber dann muss man den Leuten reinen Wein einschenken und sagen, was dann ansteht. Dann haben wir es sowohl im Bereich der Privathaushalte als auch der Industrie mit massiven Problemen zu tun. Dann wird es Industriezweige geben, die gibt es nicht mehr nach dem nächsten Winter in Deutschland, weil die Anlagen kaputt und die Produktion an einen anderen Ort verlagert

worden ist. Das kann man wollen, das ist auch eine Position, die man im Angesicht eines Krieges sogar noch als respektabel bezeichnen kann. Was mich nur irritiert, sind Leute, die vor drei Monaten noch mit großer Verve gefordert haben, Deutschland müsse einseitig abschalten, und jetzt mit staunenden Augen Fragen an die Bundesregierung stellen, warum denn die Speicher noch nicht voll sind. Irgendwann muss man sich dann auch mal entscheiden, auf welcher Seite man steht.

May: An wen denken Sie da? Eher jetzt an die Ökonomen, oder auch an Teile der Opposition, wenn Sie von „Leuten“ sprechen?

Kühnert: Insbesondere an Menschen mit politischer Verantwortung, weil die sollten ihre Worte wohl wägen. Ich habe mir diese ganzen Zitate – da können Sie aber von ausgehen – als Generalsekretär der SPD noch mal rausgesucht aus dem Frühjahr, ob es Herr Merz gewesen ist, ob es Herr Spahn, Herr Röttgen, Herr Kiesewetter und wie sie nicht alle heißen aus der CDU gewesen sind, die der Bundesregierung ja quasi Verrat an der Ukraine vorwerfen.

May: Sie haben gerade einige Negativ-Szenarien, Horror-Szenarien angesprochen, die drohen könnten, wenn Russland das Gas komplett abklemmt. Worauf bereitet sich die Bundesregierung konkret vor?

Kühnert: Die Netzentur ist ja seit Wochen und Monaten unterwegs, um die Bedarfe in der Industrie beispielsweise zu erfassen, um auch besser zu verstehen, wie es eigentlich aussieht, wer kann temporär überhaupt auf eine Gasversorgung verzichten, weil man den Betrieb ohne größere Schäden stilllegen kann, und wer kann das nicht. Ein Beispiel: Ich habe mir vor ein paar Wochen eine Glasmanufaktur in Brandenburg angeguckt. Da wird Spezialglas für modernste Fotovoltaik-Anlagen produziert. Dort gibt es eine Gaswanne, die muss 365 Tage im Jahr in Betrieb sein. Ist sie das nicht mehr, weil sie nicht mit Gas versorgt wird, ist die ganze Anlage für mehr als 30 Millionen Euro hin und die Produktion ist unwiederbringlich weg.

Solche Unterscheidungen herauszufinden und ein Stück weit auch zu ranken, das ist die Aufgabe, die dort jetzt passiert. Aber vor allem muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass wir niemals in eine solche Notlage kommen. Das heißt, es geht weiter um die Beschaffung von Flüssiggas auf den internationalen Märkten und um die berühmt gewordenen Plattformen, die dafür sorgen, dass das in unserem Netz dann eingespeist werden kann.

May: Wir hatten den Ökonomen Rüdiger Bachmann heute Früh schon zu Gast. Der sagt, die Bundesregierung war da bisher außerordentlich erfolgreich im Beschaffen von alternativen Gasquellen. Ist da denn noch Luft nach oben, oder ist das mittlerweile ausgereizt?

Kühnert: Da muss weiterhin alles versucht werden. Erst mal freue ich mich über die Einschätzung von Herrn Bachmann, weil es gibt ja Stimmen von Herrn Söder und anderen, die behaupten, die Bundesregierung wäre da schläfrig unterwegs und würde nichts machen. Vielleicht glaubt Herr Söder es ja dann wenigstens einem versierten Ökonomen wie Herrn Bachmann, dass das Gegenteil der Fall ist. Aber da wir nicht wissen, wie groß eine etwaige Lücke im nächsten Winter sein könnte, gilt es, dass wir so viel wie möglich auf den Weltmärkten organisieren müssen, und da brauchen wir uns auch nichts vormachen. Wir stehen in Konkurrenz mit ganz vielen. Und die Tatsache, dass wir dort zum Zuge kommen, geht über den Preis und das kostet unsere Volkswirtschaft erhebliche Mengen Geld. Das ist so.

May: Sie sprechen jetzt auch häufig die Volkswirtschaft an. Sie haben das Glasunternehmen angesprochen, das eine gewisse Systemrelevanz hat und das wirklich auf das Gas angewiesen ist. Kann es bleiben, dass die Industrie den Bürgern im Zweifel hinten anstehen

muss beziehungsweise benachteiligt wird, oder müsste an der Reihenfolge eventuell gedreht werden?

Kühnert: Erstens: Wir müssen alles dafür tun, dass wir gar nicht in solch eine Konkurrenzsituation kommen. Zweitens: Ich finde, wir in der Politik müssen aufpassen, dass wir nicht manchmal mit Forderungen, die wir stellen, den Eindruck erwecken, als gäbe es gar keinen rechtlichen Rahmen, in dem wir uns bewegen. Systemrelevante Infrastrukturen, ob es nun Krankenhäuser oder Ähnliches sind, die sind jetzt schon durch die rechtliche Lage in Europa in besonderer Weise geschützt und es braucht jetzt nicht noch zehn Heldinnen und Helden, die dafür noch mal in den Kreuzzug am Ende hineingehen. Schlussendlich ist es so: Wir alle müssen Anreize zum Einsparen in Richtung des Winters schaffen. Ich glaube, das wird sich insbesondere, weil es dort leichter und in anderen Größenordnungen möglich ist, auf den Sektor der Industrie beziehen, weil es viele Unternehmen gibt - so kann man unterstellen -, für die es lukrativer ist, sich ab einem gewissen Gaspreis eine Ausgleichszahlung beispielsweise geben zu lassen, wenn wir zu einer solchen Systematik kämen, als den laufenden Betrieb bei völlig übersteuerten Energiepreisen weiterführen zu können. Ich sehe dort, wir sehen dort mehr Einsparpotenziale. Und klar muss auch sein in einer so reichen Gesellschaft: Niemand darf fahrlässig im Winter am Ende in den eigenen vier Wänden, in dem privatesten Raum, dort wo man einen Rückzug und Sicherheit empfinden möchte, im Kalten sitzen. Das gilt es um alles in der Welt zu verhindern. Ich finde, das ist eine Frage von zivilisatorischem Umgang miteinander.

May: Temperatur um zwei Grad runter per Verordnung, so etwas wollen Sie nicht?

Kühnert: Das sind jetzt Sachen, die auf dem politischen Wege miteinander verhandelt und besprochen werden. Ich glaube, manche stellen sich das dann auch ein bisschen einfacher am Ende vor, als das ist. Da geht es auch um Einzelfall-Schicksale, um Menschen mit Rheuma-Erkrankungen und Ähnlichem. Ich tue mich da ein bisschen schwer, jetzt einfach darüber hinwegzugehen und zu sagen, das müssen wir alle ab können. Nur weil ich persönlich damit kein Problem habe, wenn es im Winter zwei Grad kälter ist, ist das ein bisschen zu leichtfüßig, da jetzt zu sagen, die ganze Gesellschaft muss damit umgehen können. Auch die technischen Voraussetzungen sind nicht überall so einfach gegeben. Aber Sinn und Zweck von Einsparung muss sein, dass alle, die können, was zu diesen Einsparungen beitragen, und dass wir vielleicht auch noch ein paar Anreize dazu bieten.

May: Wie offen ist Ihre Partei für eine AKW-Laufzeitverlängerung?

Kühnert: Wir sehen uns ja andauernd mit Leuten konfrontiert, die sagen, man müsse das unideologisch diskutieren. Ich darf daran erinnern: Der Atomausstieg ist eine hoch unideologische Debatte gewesen. Der basiert auf klaren Feststellungen, dass wir es mit einer Hoch-Risiko-Technologie bis heute auch ohne Endlager in Deutschland zu tun haben. Wenn daran jetzt was geändert werden soll, dann doch nur auf Grundlage von profunden Erkenntnissen. Die Bundesregierung hat einen Stresstest im Frühjahr gemacht. Bei steigenden, deutlich steigenden Gaspreisen, bei einem Ende der Gasbelieferung aus Russland und bei Energie-Spitzenbedarfen und vielen abgeschalteten AKW in Frankreich hat man sich die Frage gestellt, brauchen wir dann die verbliebenen drei Meiler in Deutschland noch weiter. Die Erkenntnis damals war: Nein! Jetzt macht die Bundesregierung einen erneuten, noch mal verschärften Stresstest mit noch ungünstigeren Annahmen und das alleine zeigt ja schon, wie unideologisch, um dieses Wort noch mal zu verwenden, die ganze Sache angegangen wird.

May: Das heißt, alle anderen Länder, die sich für Atomkraft entschieden haben, die sind Ideologen?

Kühnert: Nein, das sage ich nicht, aber die haben eine andere Grundsatzentscheidung getroffen. Deutschland hat 2001 das erste Mal entschieden, aus der Atomenergie auszusteigen. Das hat uns eine sehr teure schwarz-gelbe Extrarunde gekostet, dass das zwischenzeitlich rückgängig gemacht wurde, und jetzt sind wir kurz davor, dass die letzten drei Meiler weg vom Netz sind, und das hatte gute Gründe. Für uns ist und bleibt es so, dass Atomenergie vom langen Ende her betrachtet eine Augen-zu-und-durch-Technologie ist, bei der es kurzfristig so sein mag, dass sie sicher erscheint, aber faktisch ist wenig sicher daran und auch die Folgekosten sind viel höher, als sie häufig eingepreist werden von den Befürwortern dieser Technologie.

May: Aber im Gegensatz zur Kohle klimaneutral.

Kühnert: Erst mal ist Atomkraft auch nicht komplett klimaneutral.

May: Klimaneutraler.

Kühnert: Ja, das ist so. Trotzdem bleibt die Frage der Endlagerung am Ende nicht beantwortet. Trotzdem machen wir diesen Stresstest jetzt an der Stelle, weil wir uns nicht am Ende nachsagen lassen wollen, nicht alle Möglichkeiten in Erwägung gezogen zu haben, um die Versorgungssicherheit in Deutschland – und zwar von Industrie und Privathaushalten – sicherzustellen. Wir haben aber Grund zur Annahme, dass es nicht notwendig sein wird, die Laufzeiten zu verlängern, zumindest auf Grundlage der aktuell uns zur Verfügung stehenden Informationen.

May: Reden wir über Entlastungen. Wie sollen die Bürger ab dem 1.9. entlastet werden?

Kühnert: Ich wäre dafür, dass die große Vielstimmigkeit an Forderungen jetzt mal ein bisschen zu einem Ende kommt, weil langsam ist alles einmal gefordert und ich habe ein bisschen die Sorge, dass die Leute irgendwann Kopfschmerzen kriegen, weil so viel gefordert wird und es ein gewisses Gap gegenüber dem gibt, was tatsächlich passiert, noch dazu in der parlamentarischen Sommerpause. Wir haben uns doch in der Bundesregierung Richtung Herbst eine wesentliche Frage zu beantworten: Was ist der haushaltspolitische Rahmen, in dem wir uns eigentlich bewegen werden? Bewegen wir uns im Rahmen dessen, womit wir geplant hatten, und müssen wir damit haushalten, oder erschließen wir aufgrund der Notlage und der besonderen Umstände weitere Ressourcen? Das ist die Grundlage, um darauf aufbauend sagen zu können, wie kluge Entlastungen dann aussehen könnten. Klar ist für die SPD, nächste Entlastungen sind auf jeden Fall spezifischer und zielgerichteter, als wir das bei den beiden großen Entlastungspaketen jetzt auch wegen des Faktors Zeit machen konnten. Keine Entlastungen mehr für Top-Einkommen in Deutschland, sondern zielgerichtet an die Haushalte, die wirklich ins Schwimmen geraten in dieser Phase.

May: Eine Frage haben wir wahrscheinlich noch; wir haben ungefähr noch eine Minute Zeit. Was ist mit Rentnerinnen und Rentnern beispielsweise, die letztes Mal größtenteils außen vor gelassen wurden?

Kühnert: Den Schmerz hat meine Partei ja nun auch mehrfach und auch ehrlichen Herzens zum Ausdruck gebracht, dass wir insbesondere Rentnerinnen und Rentnern mit kleinen Renten, die aber trotzdem keine Grundsicherung im Alter und auch kein ergänzendes Wohngeld bekommen, nicht wirklich gut erklären können, warum sie beim Energiegeld nicht mit dabei sind. Wir sprechen über Leute mit 900, 950 oder tausend Euro Rente. Da kann jetzt wirklich niemand behaupten, dass man es da irgendwie dicke hätte. Das ist sehr klar, dass die sicherlich im Herbst Unterstützung brauchen werden. Das hat auch keine politischen Implikationen alleine, sondern da geht es schlicht um die Möglichkeiten, die der Geldbeutel hergibt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.